

Tarifpolitischer Jahresbericht 2009: Tarifverdienste mit kräftigem Plus – Effektivverdienste im Minus

Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Trotz der Wirtschaftskrise erzielten die Gewerkschaften im Jahr 2009 lohnpolitisch bemerkenswerte Erfolge. Die Tarifabschlüsse wiesen Steigerungsraten zwischen 2 % und 4 % auf. Die tariflichen Löhne und Gehälter stiegen damit im Durchschnitt real kräftig an. Anders das Bild bei den Effektivverdiensten: Die tatsächlich gezahlten Bruttolöhne und -gehälter sanken 2009. Zum sechsten Mal in Folge mussten die Beschäftigten eine Realeinkommensenkung hinnehmen. Ursache dieser widersprüchlichen Entwicklung war vor allem die Kurzarbeit, aber auch Abstriche beim Entgelt, z. B. durch Nutzung tariflicher Öffnungsklauseln, spielten eine Rolle. Die Gewerkschaften zeigten sich im vergangenen Jahr – trotz der Krise – auch kampfbereit, wie die Tarifkonflikte im Gebäudereinigerhandwerk und beim Sozial- und Erziehungsdienst veranschaulichen.

1

Das Tarifjahr 2009 im Überblick

1.1 RAHMENBEDINGUNGEN

Die Tarifpolitik stand 2009 unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise. Der scharfe Einbruch bei Aufträgen, Produktion und Absatz, vor allem in den exportorientierten Industriebranchen, und die Sorge vor einer katastrophalen Entwicklung am Arbeitsmarkt bildeten sehr ungünstige Rahmenbedingungen insbesondere für die Lohnrunden des vergangenen Jahres. Zunächst lieferte jedoch der Abschluss für die Metallindustrie vom November 2008, der gewissermaßen in letzter Sekunde vor dem tiefen Absturz in diesem Wirtschaftsbereich erzielt werden konnte, mit einer Tarifierhöhung von insgesamt 4,2 % eine positive Vorlage für die nachfolgenden Tarifrunden. Im öffentlichen Dienst, der naturgemäß von der Krise zunächst nicht direkt erfasst wurde, orientierte sich der Abschluss für die Länder Anfang März an dem ebenfalls positiven Ergebnis für den Bereich von Bund und Gemeinden aus dem Vorjahr. In der Folge konnten auch in anderen Branchen noch akzeptable Abschlüsse erzielt werden. Schließlich wirkten auch die länger laufenden Verträge aus dem Vorjahr mit kräftigen Stufenanhebungen für

2009 stabilisierend auf die Tarifentwicklung. Allerdings blieb die Tarifentwicklung von den Krisenfolgen nicht unberührt. So wurden in einer Reihe von Branchen Nullmonate und Pauschalzahlungen vereinbart, denen dann bescheidene Tarifierhebungen folgten. Im zweiten Halbjahr fielen die Abschlüsse insgesamt deutlich niedriger aus. Außerdem drängten die Arbeitgeberverbände vielfach mit Erfolg auf Krisenklauseln, die die betriebliche Umsetzung der Tarifergebnisse unter Vorbehalt stellten.

Auf betrieblicher Ebene dominierten insbesondere in den krisenbetroffenen Industriebranchen die Bemühungen um Beschäftigungssicherung. Während die prekären Beschäftigungsverhältnisse (Leiharbeit, befristete Beschäftigung) zumeist rasch abgebaut wurden, setzten Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen alles daran, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. „Keine Entlassungen in der Krise!“ lautete eine zentrale Parole der IG Metall (2009). Dabei konnten die Gewerkschaften auch auf ein breit gefächertes tarifpolitisches Instrumentarium von befristeter Arbeitszeitverkürzung bis zur tariflich geregelten Kurzarbeit zurückgreifen (WSI-Tarifarchiv 2009a, 2009b). Insgesamt konnte der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit in überraschend engen Grenzen gehalten werden, aber die durch Kurzarbeit und Abbau von Arbeitszeitkonten in Beschäftigung gehaltenen Arbeitnehme-

rinnen und Arbeitnehmer erlitten entsprechende Einkommenseinbußen.

Das politische Klima zwischen den Tarifparteien blieb im Jahr 2009 insgesamt betrachtet relativ entspannt. Den 60. Geburtstag des Tarifvertragsgesetzes im April nahmen beide Seiten zum Anlass, die Vorzüge der Tarifautonomie herauszustreichen (Sommer 2010; BDA 2009). Die Arbeitgeber gaben ausdrücklich zu Protokoll, dass sie nicht weiter auf einer Forderung nach gesetzlichen Öffnungsklauseln bestehen, und sie verwiesen in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Flexibilität des Tarifsystems. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) zeigte sich auch mit den Ergebnissen der Tarifpolitik des vergangenen Jahres insgesamt sehr zufrieden. BDA-Präsident *Dieter Hundt* stellte auf dem Arbeitbertag im November 2009 fest, die Tarifabschlüsse dieses Jahres seien „angemessen, beschäftigungsorientiert, differenziert und flexibel gewesen“ (Hundt 2009). Auch das Verhältnis der Ge-

Bispinck, Reinhard, Dr., Wissenschaftler im WSI und Leiter des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung.

e-mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Götz Bauer, Monika Müller, Ulrich Schmidt, Monika Schwacke-Pilger, Andrea Taube und Monika Wiebel sind Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im WSI-Tarifarchiv.

werkschaften zur Politik war größtenteils kooperativ: Die alte schwarz-rote Bundesregierung hatte früh auf eine Politik der Beschäftigungssicherung (vor allem durch stark verlängerte Kurzarbeitsfristen) gesetzt, ihre schwarz-gelbe Nachfolgerin hielt daran zunächst fest. Auch bei der Rettung existenzbedrohter Unternehmen zeigte sich die Politik grundsätzlich kooperationsbereit, auch wenn es – wie das Beispiel Opel zeigt – Konflikte um die konkrete Ausgestaltung gab.

Konfliktbeladen blieb auch das Thema „Mindestlohn“: Die alte wie die neue Bundesregierung verweigerten sich der von den Gewerkschaften geforderten Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes. Und auch bei der Festlegung branchenbezogener Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz wurden nur begrenzte Fortschritte erzielt. Die Arbeitgeber kritisierten ihrerseits scharf jegliche Versuche, Tarifverträge durch staatliche Lohnfestsetzung außer Kraft zu setzen.

1.2 FORDERUNGEN UND ABSCHLÜSSE

Auffällig war in der Tarifrunde 2009, dass die dramatische Krisenentwicklung zunächst kaum Spuren bei den gewerkschaftlichen Tarifforderungen hinterließ. Sie bewegten sich überwiegend auf hohem, teils sogar sehr hohem Niveau. Maßgebliche Begründung für die Tarifforderungen waren neben den Verteilungsansprüchen der Beschäftigten auch die gesamtwirtschaftlich notwendige Stabilisierung der Binnennachfrage, um einen Ausgleich für die wegbrechende Exportnachfrage zu schaffen. Hinzu kamen tarifbereichsspezifische Rahmenbedingungen: Im öffentlichen Dienst forderte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für die Beschäftigten der Länder eine Tarifierhebung von 8 %, mindestens jedoch 200 €, und orientierte sich damit exakt an der Vorjahresforderung für den Bereich Bund und Gemeinden. Bei der Deutschen Telekom (8,5 %, mindestens 220 €) und der Deutschen Bahn (10 %) argumentierten die Gewerkschaften mit den (bis dahin noch) guten Unternehmensbilanzen. Im Handel beliefen sich die Forderungen zwischen 6,5 % (Einzelhandel) und 8 % (Großhandel). In den übrigen Bereichen bewegten sich die Forderungen überwiegend zwischen 5 % und 6 %. In verschiedenen Branchen zielten die Gewerkschaften mit

Übersicht 1: Tarifforderungen in der Tarifrunde 2009 in ausgewählten Tarifbereichen

Tarifbereich	Gewerkschaft	Forderung
Bauhauptgewerbe	IG BAU	6,0 %
Deutsche Bahn AG	Transnet	10,0 %
Deutsche Telekom AG	ver.di	8,5 %, mind. 220 €
Druckindustrie	ver.di	5,0 %
Eisen- und Stahlindustrie	IG Metall	4,5 %
Elektrohandwerk NRW	IG Metall	5,5 %
Einzelhandel NRW	ver.di	6,5 %, mind. 135 €
Energiewirtschaft Tarifgruppe RWE	IG BCE/ver.di	8,0 %
Gebäudereinigerhandwerk	IG BAU	8,7 %
Groß- und Außenhandel NRW	ver.di	8,0 %, mind. 175 €
Holz- und Kunststoffindustrie	IG Metall	5,5 %
Maler- und Lackiererhandwerk	IG BAU	7,2 %
Nahrung-Genuss-Gaststätten	NGG	5,0–7,0 %
Öffentlicher Dienst (Länder)	ver.di	8,0 %, mind. 200 €
Textil- und Bekleidungsindustrie West	IG Metall	5,5 %
Textilreinigungsgewerbe	IG Metall	5,5 %

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

Sockelbeträgen auf eine stärkere Tarifierhebung für die unteren Einkommensgruppen (Übersicht 1).

Nach dem Kündigungsterminkalender liefen die Tarifverträge im öffentlichen Dienst (Länder) Ende Dezember 2008 als Erste aus, zeitgleich auch in einigen Energiebereichen (RWE, Vattenfall) sowie bei der Deutschen Telekom. Ende Januar 2009 folgten die Deutsche Bahn, Ende Februar die Textil- und Bekleidungsindustrie (West) und Ende März das Bauhauptgewerbe, die Druckindustrie und die Eisen- und Stahlindustrie. Die verschiedenen regionalen Tarifbereiche des Einzelhandels sowie des Großhandels standen ebenfalls Ende März bzw. Ende April zu Verhandlungen an. Noch nicht beendet waren zu Beginn der Tarifrunde 2009 die Verhandlungen im Bankgewerbe, die im Oktober 2008 angesichts der Finanzkrise unterbrochen worden waren.

Eine wichtige Vorgabe für die Tarifrunde 2009 bildete – wie erwähnt – der Abschluss für die *Metallindustrie*. Im November 2008 hatten sich die Tarifparteien auf einen 18-monatigen Tarifabschluss geeinigt, der neben einer Pauschalzahlung von 510 € für die ersten drei Monate eine Tarifierhöhung in zwei Stufen um jeweils 2,1 % im Februar und Mai 2009 sowie eine weitere Sonderzahlung von 122 € im September 2009 vorsah.

Ebenfalls bereits im Jahr 2008 erfolgte ein Abschluss in der *Energiewirtschaft*. Er sah für die Tarifgruppe RWE eine Tarifierhebung von 4 % ab Januar 2009, eine Stufenanhebung um 2,2 % ab Beginn nächs-

ten Jahres sowie zwei Einmalzahlungen von 1.200 € (2009) und 800 € (2010) mit einer Laufzeit bis 31.10.2010 vor. Vergleichbare Abschlüsse gab es in anderen Energiebereichen.

Ende Januar vereinbarten die Tarifparteien bei der *Deutschen Bahn AG* einen zweistufigen Abschluss mit einer Anhebung um 2,5 % ab 1.2.2009 und einer Stufenenerhöhung um 2 % ab 1.1.2010 sowie einer Einmalzahlung von 500 €, Laufzeit bis 31.7.2010. Außerdem wurden verbesserte Arbeitszeitregelungen vereinbart. Bei der *Deutschen Telekom AG* sah der Abschluss eine Tarifsteigerung von 3 % ab 1.1.2009 und weitere 2,5 % ab 1.1.2010 vor. Für den Großteil der Beschäftigten im Bereich der Service-Gesellschaften der Deutschen Telekom AG erhöhten sich die Vergütungen zu den gleichen Zeitpunkten um 5 % bzw. 3,6 %. Hier ist jedoch der Wegfall der 2007 im Rahmen der Tarifeinigung zu T-Service vereinbarten Ausgleichszahlungen von jeweils 2,2 % gegenzurechnen (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2008), sodass effektiv ein Plus von insgesamt 4,2 % verbleibt. Die Laufzeit endet jeweils zum 31.12.2010.

Den ersten großen Flächenabschluss gab es am 1.3.2009 im *öffentlichen Dienst* für die Länder (ohne Hessen und Berlin). Er sieht die Anhebung der Tarifentgelte um einheitlich 40 € sowie um 3 % ab 1.3.2009 vor. Am 1.3.2010 folgt eine Stufenenerhöhung um 1,2 % mit einer Laufzeit bis 31.12.2010. Damit konnte ver.di im Wesentlichen die Einkommensentwicklung bei Bund und Gemeinden nachvollziehen.

Übersicht 2: Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2009

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
12.11.2008	Metallindustrie Baden-Württemberg (Pilotabschluss)	510 € Pauschale insg. für November 2008–Januar 2009 2,1 % ab 01.02.09 2,1 % ab 01.05.09 (auf Basis des Entgelts Nov. 2008) 122 € Einmalzahlung im September 2009, Laufzeit bis 30.04.10 0,4 % Einmalzahlung jeweils für Januar–April 2010 (Finanzierung Altersteilzeit)
12.12.2008	Tarifgruppe RWE	4,0 % ab 01.01.09 2,2 % Stufenerhöhung ab 01.01.10 1.200 € Einmalzahlung für 2009 und weitere 800 € für 2010 Laufzeit bis 31.10.10
31.01.2009	Deutsche Bahn AG	2,5 % ab 01.02.09 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.10 500 € Einmalzahlung im Dezember 2009, Laufzeit bis 31.07.10
01.03.2009	Öffentlicher Dienst Länder	40 € Pauschale insg. für Januar und Februar 2009 40 € Sockelbetrag ab 01.03.09 3,0 % ab 01.03.2009 1,2 % Stufenerhöhung ab 01.03.10, Laufzeit bis 31.12.10
10.03.2009	Textil- und Bekleidungsindustrie West	nach 2 Nullmonaten (März und April) 340 € Pauschale insg. für Mai–Dezember 1,5 % sowie 40 € Sockelbetrag ab 01.01.10 99 € Einmalzahlung insg. für Januar und Februar 2011, Laufzeit bis 28.02.11
13.03.2009	Deutsche Telekom AG	3,0 % ab 01.01.09 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.01.10, Laufzeit bis 31.12.10
01.04.2009	Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen	350 € Pauschale insg. für April–Dezember 2009 2,0 % ab 01.01.10, Laufzeit bis 31.08.10
22.04.2009	Bankgewerbe	nach 4 Nullmonaten (Juli–Oktober 2008) 2,5 % ab 01.11.08 200 € Einmalzahlung im Februar 2010, Laufzeit bis 30.04.10
12.05.2009	Süßwarenindustrie Nordrhein-Westfalen	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 3,0 % ab 01.06.09 1,9 % Stufenerhöhung ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11
18.05.2009	Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)	100 € Pauschale für Mai 3,62 % ab 01.06.09, Laufzeit bis 30.06.10
23.05.2009	Bauhauptgewerbe	60 € Pauschale insg. für April und Mai West und Berlin: 2,3 % ab 01.06.09 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11 Ost: Anhebung um Cent-Werte der West-Anhebung stufenweise Anhebung der Mindestlöhne
03.06.2009	Druckindustrie	280 € Pauschale insg. für April 2009–März 2010 2,0 % ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11
04.06.2009	Versicherungsgewerbe	250 € Pauschale insg. für Oktober 2009–März 2010 2,5 % ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11
11.06.2009	Einzelhandel Nordrhein-Westfalen	nach 4 Nullmonaten (Mai–August) 2,0 % ab 01.09.09 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.10 150 € zusätzliche Einmalzahlung im April 2010, Laufzeit bis 30.04.11
27.07.2009	Sozial- und Erziehungsdienst	neue einheitliche Entgelttabelle mit 16 Entgeltgruppen Entgeltbeträge zwischen 1.750–4.525 €
29.10.2009	Gebäudereinigerhandwerk (Arb.)	nach 3 Nullmonaten (Oktober–Dezember) 3,1/3,8–6,2 % regional unterschiedlich (West inkl. Berlin/Ost) ab 01.01.10 1,8/2,5 % (West inkl. Berlin/Ost) Stufenerhöhung ab 01.01.11, Laufzeit bis 31.12.11

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: Dezember 2009.

WSI MITTEILUNGEN

In der *Textil- und Bekleidungsindustrie* (West) sah der Abschluss vom 10.3.2009 nach zwei Nullmonaten eine Pauschalzahlung für Mai bis Dezember in Höhe von insgesamt 340 € vor. Ab 1.1.2010 folgt eine Tarifierhebung um 1,5 %, ein Sockelbetrag von 40 € sowie eine zusätzliche Einmalzahlung von 99 € für Januar und Februar 2011 bei einer Laufzeit bis 28.2.2011. Auch

im Abschluss der *Eisen- und Stahlindustrie* vom 1.4.2009 ist für die erste Phase eine Pauschalzahlung enthalten. Sie beträgt für April bis Dezember 2009 insgesamt 350 €, gefolgt von einer Tarifierhebung um 2 % ab 1.1.2010 bei einer Laufzeit bis 31.8.2010. Eine ähnliche Struktur hat auch der Abschluss in der *Druckindustrie* vom 3.6.2009 mit einer Pauschale von 280 € für April

2009 bis März 2010 und einer Tarifierhebung von 2 % ab 1.4.2010 bei einer Laufzeit bis 31.3.2011.

Anders in der *Süßwarenindustrie*, wo die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) in Nordrhein-Westfalen einen bemerkenswerten Abschluss erzielen konnte. Er sieht nach zwei Nullmonaten eine Tarifierhebung um 3 % ab dem 1.6.2009 sowie eine Stufenerhöhung von 1,9 % ab dem 1.4.2010 bei einer Laufzeit bis zum 31.3.2011 vor. Gleichlautende Abschlüsse gab es auch in den anderen regionalen Tarifbereichen.

Im *Bauhauptgewerbe* (West) vereinbarten die Tarifparteien am 23.5.2009 einen Abschluss mit einer Pauschalzahlung von 60 € für April und Mai 2009, einer anschließenden Tarifierhebung von 2,3 % und einer Stufenanhebung von erneut 2,3 % ab 1.4.2010 bei einer Laufzeit bis 31.3.2011. Im Osten fällt die Anhebung etwas höher aus. Die Mindestlöhne werden stufenweise angehoben.

Im *Einzelhandel* erreichte ver.di am 11.6.2009 in Nordrhein-Westfalen einen ersten Abschluss, der auch zur Übernahme in den anderen Tarifbereichen empfohlen wurde: Nach vier Nullmonaten gibt es ab dem 1.9.2009 eine Tarifierhebung um 2 % und zum 1.9.2010 eine Stufenanhebung um weitere 1,5 % bei einer Laufzeit bis zum 30.4.2011. Im April 2010 erfolgt eine Einmalzahlung von 150 €.

Im *Versicherungsgewerbe* sah die Tarifvereinbarung vom 4.6.2009 eine Pauschalzahlung von 250 € für Oktober 2009 bis März 2010 sowie eine Tarifierhebung von 2,5 % mit einer Laufzeit bis Ende März 2011 vor.

Im *Groß- und Außenhandel* vereinbarten die regionalen Tarifparteien im Oktober und November überwiegend nach fünf Nullmonaten eine Tarifierhebung von zunächst 2,0 %, nach acht Monaten eine Stufenanhebung von weiteren 1,5 % sowie eine zusätzliche Einmalzahlung für die unteren Vergütungsgruppen bei einer Gesamtlaufzeit von zwei Jahren.

Nach Warnstreiks und regulärem Arbeitskampf setzte die IG BAU im *Gebäudereinigerhandwerk* nach drei Nullmonaten eine Tarifierhebung von 3,1/3,8 % bis 6,2 % regional unterschiedlich (West inkl. Berlin/Ost) ab 1.1.2010 und eine weitere Stufenanhebung nach zwölf Monaten von 1,8/2,5 % durch. Außerdem wurde ein Einstieg zur Regelung einer tariflichen Zusatzrente vereinbart.

Tarifentwicklung

2.1 LOHN- UND GEHALT

Die DGB-Gewerkschaften schlossen 2009 in ganz Deutschland *Lohn- und Gehaltstarifverträge* für 7,9 Mio. Beschäftigte ab, davon für rund 6,8 Mio. in den alten und 1,1 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 41 % der von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten. Für weitere 7,9 Mio. Beschäftigte traten Stufenerhöhungen in Kraft, die bereits 2008 oder früher vereinbart worden waren. Bei rund 3,3 Mio. Beschäftigten liefen 2008 oder früher die Vergütungstarifverträge aus, aber es kam bis zum Jahresende (noch) nicht zu Neuabschlüssen bzw. es traten keine Tarifierhebungen in Kraft.

ABSCHLUSSRATE

Die tarifliche *Abschlussrate* belief sich gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt auf 3,9 % (2008: 5,2 %), in Westdeutschland betrug die Rate 3,8 %, in Ostdeutschland 4,4 %. Die Abschlussrate schließt *alle*, ggf. auch 2010 und später in Kraft tretende *tabellenwirksamen* Erhöhungen ein. Nicht berücksichtigt werden Pauschalzahlungen und zusätzliche Einmalzahlungen, die sich nicht dauerhaft in den Tarif Tabellen niederschlagen. Die Spannweite der durchschnittlichen Gesamtabschlussraten reicht von 2,5 % im Bereich Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe, 2,9 % im Verbrauchsgütergewerbe, 3,3 % im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, 4,7 % im Bereich private Dienstleistungen/Organisationen ohne Erwerbszweck, 5,5 % im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung bis zu 5,9 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau.

Diese Gesamtabschlussraten sind nur von begrenzter Aussagekraft, weil sie sich immer auf die gesamte, je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich lange Laufzeit der Tarifabkommen beziehen. Berücksichtigt man lediglich die *im Jahr 2009* abgeschlossenen und auch in Kraft getretenen Tarifierhöhungen, ergibt sich eine Abschlussrate von 2,4 % (West: 2,4 %, Ost: 2,8 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich für 2009 eine Streuung zwischen 1,7 % im Verbrauchs-

Tabelle 1: Laufzeit der Tarifverträge – in Monaten –

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt	21,8	14,5	18,3	20,5	21,8	25,7	22,1	22,2	22,4	24,1
West	21,5	14,1	18,1	20,4	21,8	25,2	21,6	22,2	22,2	24,3
Ost	23,3	16,4	19,7	21,0	22,0	28,4	24,7	21,9	23,4	23,2

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2009.

WSI MITTEILUNGEN

gütergewerbe und 4,2 % im Bereich Gebietskörperschaften/Sozialversicherung. Zu berücksichtigen ist stets, dass die Erhöhungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahresverlauf wirksam wurden.

Wie bereits in den Vorjahren spielten auch im Jahr 2009 „Nullmonate“ bei den Tarifabschlüssen eine bedeutende Rolle. Für rund 7,3 Mio. (2008: 7,9 Mio.), das entspricht rund 92 % der von Neuabschlüssen begünstigten Beschäftigten, gab es Tarifabschlüsse mit verzögerter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. 28 % mussten zwischen ein bis drei Monate auf die reguläre Tarifierhöhung warten, für weitere 44 % vergingen vier bis fünf Monate bis zur ersten Tarifsteigerung, 20 % mussten sogar sechs und mehr Nullmonate akzeptieren. Nur für 36 % der davon betroffenen Beschäftigten vereinbarten die Gewerkschaften als Ausgleich Pauschalzahlungen, die durchschnittlich 35 € (West: 37 €, Ost: 30 €) im Monat betragen.

LAUFZEITEN

Der seit rund zehn Jahren zu beobachtende Trend zu längeren Laufzeiten hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die *Laufzeit* der Vergütungstarifverträge im Jahr 2009 beträgt durchschnittlich 24,1 Monate (2008: 22,4 Monate). Für rund 0,6 Mio. Beschäftigte (7,2 %) laufen die Abkommen zwischen zwölf und 17 Monaten, für knapp

1 Mio. (12,5 %) 18 bis 23 Monate, für 6,3 Mio. (80,2 %) 24 Monate und länger. In den neuen Bundesländern laufen die Tarifverträge im Schnitt rund einen Monat kürzer als in den alten.

JAHRESBEZOGENE TARIFSTEIGERUNG

Bei der jahresbezogenen Steigerung der tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden im Unterschied zur tariflichen Abschlussrate die Auswirkungen aus der (oft unterschiedlichen) Lage und Laufzeit der Tarifabkommen berücksichtigt. Auch werden gegebenenfalls im Berichtsjahr wirksam werdende Abschlüsse aus den Vorjahren sowie zusätzliche Einmalzahlungen und Pauschalzahlungen als Ausgleich für Abschlussverzögerungen mit einbezogen. Die jahresbezogene Tarifsteigerung setzt die durchschnittliche tarifliche Grundvergütung des gesamten Jahres 2009 zum Vorjahr in Bezug und erfasst insgesamt 15,8 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Diese *kalenderjährliche Steigerung* der Tarifverdienste 2009 gegenüber 2008 betrug für ganz Deutschland 2,6 % (2008: 2,9 %) (*Tabelle 2*). Am höchsten fiel die jahresbezogene Tarifsteigerung mit 4,1 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau aus, gefolgt vom Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 3,7 % und dem Investitionsgütergewerbe mit 3,3 %. Unterdurchschnittlich war die

Tabelle 2: Tarifsteigerung 2009¹ – in % –

Wirtschaftsbereich	Ost	West	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	3,6	2,4	2,8
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	3,6	4,2	4,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	3,5	2,4	2,5
Investitionsgütergewerbe	3,4	3,3	3,3
Verbrauchsgütergewerbe	2,8	2,3	2,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,8	2,3	2,4
Baugewerbe	2,5	2,3	2,4
Handel	1,4	1,4	1,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3,8	2,8	2,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,8	1,8	1,8
Priv. Dienstleistungen, Organ. o. Erwerbszweck	1,9	2,0	1,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	4,4	3,6	3,7
Gesamte Wirtschaft	3,0	2,6	2,6

¹⁾ Jahresbezogene Erhöhung der tariflichen Grundvergütung 2009 gegenüber 2008.
Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2009.

WSI MITTEILUNGEN

Tabelle 3: Tarifliche Wochen- und Jahresarbeitszeit 2000–2009 – in Std. –

		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Woche	G	37,7	37,7	37,7	37,7	37,6	37,6	37,6	37,6	37,6	37,7
	W	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4
	O	39,1	39,1	39,1	39,0	38,9	39,0	38,9	38,8	38,8	38,8
Jahr	G	1657,8	1656,3	1656,0	1656,3	1655,7	1655,6	1657,0	1656,8	1656,2	1657,8
	W	1642,5	1641,9	1642,6	1643,5	1643,3	1643,2	1644,7	1645,2	1644,8	1646,7
	O	1727,7	1724,2	1722,7	1721,9	1719,2	1718,9	1720,3	1716,4	1715,4	1715,7

Stand: jeweils in Kraft zum 31.12. jeden Jahres. G = Gesamt, W = West, O = Ost

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2009.

WSI MITTEILUNGEN

Übersicht 3: Tarifliche Arbeitszeitregelungen 2009

Tarifregelung	Ost	West	Gesamt
Wochenarbeitszeit (Std.)	38,8	37,4	37,7
Anteil der Beschäftigten (in %) mit:			
bis zu 35	5,9	25,1	21,9
36–37	5,4	9,4	8,7
37,5–38,5	31,2	36,7	35,6
39 – 40 und mehr	57,0	28,4	33,0
Urlaub (Arbeitstage)¹⁾	29,5	30,1	30,0
Jahresarbeitszeit (Std.)	1.715,7	1.646,7	1.657,8

1) Endstufe.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2009.

WSI MITTEILUNGEN

Tarifsteigerung in den Bereichen Verbrauchsgütergewerbe, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und Baugewerbe mit jeweils 2,4 %, im Bereich private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck mit 1,9 % und in den Bereichen Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe mit 1,8 %. Am niedrigsten fiel die Steigerung im Handel mit 1,4 % aus. In Ostdeutschland lag die kalenderjährliche Erhöhung mit 3,0 % höher als in Westdeutschland mit 2,6 %.

Positiv beeinflusst wird die jahresbezogene Tarifsteigerung 2009 durch die länger laufenden Abschlüsse aus 2008. Die daraus resultierende Tarifierhebung für 2009 beläuft sich auf 3,3 %, die Neuabschlüsse des Jahres 2009 ergeben lediglich 2,0 %. Im Mittel ergeben sich dann die bereits genannten 2,6 %.¹

In Tarifbereichen mit knapp 1 Mio. Beschäftigten liefen Vergütungstarifverträge im Jahr 2009 aus, ohne dass bis zum Jahresende neue Abschlüsse getätigt wurden. Bezieht man diese Tarifbereiche mit ein, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung geringfügig von 2,6 % auf 2,5 %. In Tarifbereichen mit weiteren 2,3 Mio. Beschäftigten sind die Tarifverträge bereits 2008 oder in den Jahren zuvor ausgelaufen – ohne nachfolgende Abschlüsse. Berücksichtigt man auch diese Bereiche, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung für 2009 insgesamt auf 2,3 %.

Die durchschnittliche jahresbezogene Tarifsteigerung 2009 von 2,6 % liegt deut-

lich über dem sehr geringen Anstieg der Lebenshaltungskosten von 0,4 %. *Real* stiegen die tariflichen Vergütungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 2,2 %.

Der Stand der tariflichen *Lohnangleichung* an das Westniveau kann an der Entwicklung der tariflichen *Grundvergütung* festgemacht werden. Für den Stichtag 31.12.2009 errechnet sich auf Basis von rund 50 Tarifbereichen/-branchen mit 1,8 Mio. erfassten Beschäftigten ein *durchschnittliches Tarifniveau* von 96,1 %. Damit ergibt sich *gesamtwirtschaftlich* ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte. Dies ist nicht auf Absenkungen von ostdeutschen Tarifvergütungen zurückzuführen, sondern im Wesentlichen eine Folge der Umstellung der Metalltarife auf die neuen Entgeltrahmenabkommen. Dabei haben sich die Vergleichsbereiche Ost/West geändert, mit der Konsequenz eines rechnerisch niedrigeren Vergütungsneueaus.

Die Steigerung der *Ausbildungsvergütungen* ist im vergangenen Jahr deutlich höher ausgefallen als 2008. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung ergibt sich ein Anstieg von 3,7 % (West: 3,3 %, Ost: 4,9 %), der weit über der Steigerung der tariflichen Grundvergütungen und auch oberhalb des Anstiegs der Verbraucherpreise liegt (BIBB 2009). Je nach Tarifbereich verbergen sich hinter diesen Durchschnittszahlen große Unterschiede: Gemessen an der Ausbildungsvergütung im dritten Ausbildungsjahr lagen die Beträ-

ge Ende 2009 in acht der für diesen Tarifbereich ausgewählten 26 Tarifbereiche unverändert auf dem Vorjahresniveau. Im Übrigen variierten die Anhebungen zwischen 0,6 % im Versicherungsgewerbe und 8,2 % im öffentlichen Dienst (Länder).

2.2 ARBEITSZEIT

Die *gesamtwirtschaftlichen* Eckdaten der tariflichen Wochenarbeitszeit sind im Laufe des vergangenen Jahres weitgehend gleich geblieben (*Tabelle 3*). Die tarifliche *Wochenarbeitszeit* betrug Ende 2009 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in ganz Deutschland 37,7 Stunden (West: 37,4; Ost: 38,8 Stunden) (*Übersicht 3*). Angesichts der zahlreichen arbeitszeitbezogenen Öffnungsklauseln und Flexi-Bestimmungen (u. a. mit Kontenregelungen und langen Ausgleichszeiträumen) müssen die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Zahlen zur tariflichen Arbeitszeitdauer eher als Referenzgrößen denn als Beschreibung der tatsächlichen Arbeitszeitstandards angesehen werden.

Die tarifliche *Urlaubsdauer* (Endstufe) beträgt im gesamtdeutschen Durchschnitt unverändert 30,0 Tage (West: 30,1; Ost: 29,5 Tage).

Errechnet man auf Basis dieser und weiterer Einzelkomponenten die tarifliche *Jahresarbeitszeit*, so ergibt sich ein gesamtdeutscher Durchschnitt von 1.657,8 Stunden, für Westdeutschland 1.646,7 und für Ostdeutschland 1.715,7 Stunden.

2.3 TARIFBINDUNG UND TARIFLOSE ZUSTÄNDE

Seit Jahren ist die Tarifbindung in ganz Deutschland leicht aber beständig rückläufig (Ellguth/Kohaut 2008). Nach den Ergebnissen des IAB-Panels arbeiteten im Jahr 2008 rund 63 % der Beschäftigten in Westdeutschland und 52 % derjenigen in Ostdeutschland in tarifgebundenen Betrieben (2007: 63/54 % in West/Ost). Im gesamtdeutschen Durchschnitt ergibt das 61 %. Im Jahr 1998 betrug die gesamtdeutsche Tarifbindung noch 74 %. *Tabelle 4* zeigt die erheblichen branchenbezogenen

¹ Wertet man den Metallabschluss vom November 2008 als quasi ersten Abschluss der Tarifrunde 2009 und schlägt ihn diesem Jahr zu, verändern sich die genannten Tarifsteigerungen auf 3,0 % (2008er Abschlüsse) und 2,5 % (2009er Abschlüsse).

Unterschiede: von 43 % in der Landwirtschaft über 65 % im Bereich des Investitionsgütergewerbes bis zu 98 % im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

Die Ursachen des Rückgangs liegen zum einen darin, dass vormals tarifgebundene Unternehmen die Tarifbindung insgesamt aufgeben oder durch Aufspaltung und Outsourcing Teile des Unternehmens aus der Tarifbindung herauslösen. Zum anderen vermeiden neu gegründete Unternehmen häufig einen Beitritt zum Arbeitgeberverband und schließen auch keine Firmentarifverträge ab.

Ein dritter Grund für die schwächere Tarifbindung liegt darin, dass die Gewerkschaften in einer ganzen Reihe von Tarifbereichen nicht in der Lage sind, nach Auslaufen der Tarifverträge neue Tarifabkommen abzuschließen. Je länger dieser tariflose Zustand anhält, umso mehr verlieren die alten Tarifregelungen an praktischer Bedeutung. Eine aktuelle Analyse des WSI-Tarifarchivs ergibt, dass nach wie vor über 50 Tarifbranchen mit rund 2,3 Mio. Beschäftigten aus dem Handwerk, dem Dienstleistungssektor, aber auch aus der Industrie mindestens seit dem Jahr 2008, größtenteils aber seit zwei, drei und mehr Jahren ohne Neuabschluss sind.

In einigen wenigen Bereichen ist aber auch eine Wiederherstellung der Tarifbindung gelungen, zumeist erst nach mehreren Jahren, so beispielsweise in der Floristik, in einigen Bereichen des Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks sowie des Bäcker- und Konditorenhandwerks.

3

Effektivverdienstentwicklung

3.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die *Effektiveinkommens-* und Verteilungsentwicklung in Deutschland hat krisenbedingt einen außergewöhnlichen Verlauf genommen (vgl. Statistisches Bundesamt 2010): Die Summe der *Bruttolöhne und -gehälter* ist 2009 um 0,5 % zurückgegangen. Je beschäftigten Arbeitnehmer ergibt sich *auf Monatsbasis* bereits nominal ein Rückgang um 0,4 %. Daraus folgt zugleich, dass die *Bruttoreallöhne* 2009 (zum sechsten Mal in Folge) real – und zwar um 0,8 % – gesunken sind.

Tabelle 4: Tarifbindung der Beschäftigten in Deutschland 2008
– Anteile der Beschäftigten in % –

	West	Ost	Gesamt
Öffentliche Verwaltung	98	96	98
Bergbau/Energie	93	88	92
Kredit/Versicherung	87	71	85
Baugewerbe	74	57	70
Grundstoffverarbeitung (Produktionsgüter)	72	43	68
Investitionsgüter	68	41	65
Gesamt	63	52	61
Verbrauchsgüter	64	42	61
sonstige Dienste	63	53	61
Org. ohne Erwerbszweck	62	42	58
Verkehr/Nachrichten	56	48	55
Handel/Reparatur	51	30	47
Dienste für Unternehmen	43	51	45
Landwirtschaft u.a.	54	17	43

Quelle: IAB-Betriebspanel.

WSI MITTEILUNGEN

Auf Stundenbasis berechnet, sieht das Bild anders aus. Da die Betriebe durch Kurzarbeit und andere Maßnahmen die Beschäftigung relativ stabilisiert haben und den Personalstand *nicht* entsprechend dem Produktionsrückgang heruntergefahren haben, sind die Verdienste je Arbeitnehmerstunde um 2,9 % gestiegen (Tabelle 5). Die Kehrseite der Medaille ist die sinkende Arbeitsproduktivität. Sie ist 2009 je Erwerbstätigen um 4,9 % und je Erwerbstätigenstunde um 2,2 % zurückgegangen. Dies hat Konsequenzen für die Lohnstückkosten, also das Verhältnis von Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität. Pro Kopf sind die Lohnstückkosten um 5,1 %, pro Stunde um 5,6 % gestiegen (Tabelle 5). Stärker sind die Lohnstückkosten zuletzt im Jahr 1992 (+6,3 %) angestiegen. Dieser starke Anstieg ist im Wesentlichen eine Folge des massiven Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts vor allem im IV. Quartal 2008 und im I. Quartal 2009. Im II. Quartal hat sich die Entwicklung schon wieder abgeflacht. „Sorgen über Deutschlands preisliche Wettbewerbsfähigkeit sind aber völlig unnötig, wie der Vergleich der Lohnstückkostenzuwächse mit anderen großen Län-

dern des Euroraums ... zeigt.“ (IMK 2009, S. 11).

3.2 ABSTRICHE BEI BETRIEBLICHEN ENTGELTEN

Die große Lücke zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung im Jahr 2009 ist maßgeblich auf die betriebliche Krisenverarbeitung zurückzuführen. In einer repräsentativen Betriebsrätebefragung hat das WSI die unterschiedlichen Reaktionen und betrieblichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung analysiert (Bogedan et al. 2009). Befragt wurden 2.324 Betriebsräte aus Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten im Zeitraum von Mitte Juli bis Ende September 2009. Im Ergebnis zeigt sich, dass bei der Krisenbewältigung und Beschäftigungssicherung vor allem arbeitszeitbezogene Maßnahmen eine zentrale Rolle spielten. An erster Stelle standen dabei der Abbau von Arbeitszeitkonten (bzw. der Aufbau von Zeitschulden) und die Kurzarbeit, gefolgt von betrieblichen Um- und Versetzungen und Maßnahmen zur Urlaubsnahme. Erst an fünfter Stelle folgten Abstriche beim Entgelt und als Letztes

Tabelle 5: Wirtschafts- und Verteilungsdaten* 2007–2009
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –

	2007	2008	2009
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,3	-5,0
Verbraucherpreise	2,2	2,6	0,4
Produktivität/Stunde	0,7	0,0	-2,2
Tarifentgelte/Stunde*	2,2	2,9	2,6
Bruttoverdienste/Stunde	1,4	2,3	2,9
Lohnstückkosten/Stunde	0,1	2,2	5,6

* je tarifliche Arbeitsstunde

Quelle: Stat. Bundesamt, WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

Tabelle 6: Betriebliche Maßnahmen in der Krise – Angaben der Betriebsräte in %, Mehrfachnennungen –

	Abstriche beim Entgelt insg.	Abstriche bei Sonderzahlungen und Zulagen	Aussetzen von eigentlich vorgesehenen Lohnerhöhungen	Abstriche bei tariflichen Entgeltbestandteilen	Abstriche bei übertariflichen Entgeltbestandteilen	Verschlechterung bei Eingruppierungen	Abstriche bei Ausbildungsvergütungen	Einschnitte bei betrieblichen Sozialleistungen
Alle Betriebe	16	11	9	8	6	5	1	8
Betriebe seit Mitte 2008 von Krise betroffen								
ja	22	15	13	10	9	6	1	10
nein	10	6	4	5	3	4	1	5
Betriebe mit starker Exportabhängigkeit	20	13	13	9	7	5	1	7
West	17	11	10	8	7	5	1	8
Ost	13	9	6	6	3	5	1	6
Betriebsgröße								
bis 100 Beschäftigte	15	10	9	8	5	5	1	6
101 bis 500	17	12	9	7	7	5	2	9
501 bis 1000	15	11	7	5	6	6	1	15
über 1000	19	11	11	11	11	2	0	8
Grundstoffe/Produktionsgüter	22	15	10	9	9	5	1	6
Investitions- und Gebrauchsgüter	21	13	14	8	6	4	1	6
Verbrauchsgüter	20	13	11	14	8	8	3	9
Baugewerbe	15	8	9	11	6	5	0	4
Handel (und Reparatur)	15	12	8	6	7	4	2	10
Verkehr und Nachrichten	13	5	6	5	8	6	1	7
Kredit und Versicherungen	13	13	6	1	11	6	1	10
sonstige priv. und öffentl. Dienstleistungen	14	9	8	8	4	5	1	8
sonstige Branchen	2	1	0	0	0	1	0	2

Quelle: WSI Betriebsrätebefragung 2009: Beschäftigungssicherung.

WSI MITTEILUNGEN

Einschnitte bei betrieblichen Sozialleistungen.

Im Folgenden sollen vor allem die unmittelbar *entgeltbezogenen* Maßnahmen der Betriebe näher beleuchtet werden. Rund 16 % der Betriebsräte geben an, dass in ihrem Betrieb Abstriche beim Entgelt erfolgt sind oder geplant waren (Tabelle 6).² Allerdings zeigen sich z. T. deutliche Unterschiede: So steigt der Anteil der Betriebe mit Abstrichen beim Entgelt bei Großbetrieben auf 19 % (ab 1.000 Beschäftigte). Betroffen sind vor allem Branchen aus den Bereichen Grundstoffe/Produktionsgüter (22 %), Verbrauchsgüter (21 %) und Investitions- und Gebrauchsgüter (20 %). Weniger betroffen sind Betriebe aus den Bereichen Verkehr und Nachrichten sowie Kredit und Versicherungen (jeweils 13 %). Betriebe im Westen sind stärker betroffen (17 %) als im Osten (13 %).

Abstriche beim Entgelt werden in verschiedenen Formen realisiert. Unter den

sechs abgefragten Varianten stehen Abstriche bei Sonderzahlungen oder Zulagen an erster Stelle. 11 % der Betriebe machen davon Gebrauch bzw. planen dies. Die Ursache dafür dürfte sein, dass auf diese Weise die regelmäßigen monatlichen Lohn- und Gehaltszahlungen unverändert bleiben. Aus dem gleichen Grund folgt auf dem nächsten Platz das Aussetzen von eigentlich vorgesehenen Lohnerhöhungen (9 %). Des Weiteren spielen die Anrechnung von übertariflichen Einkommensbestandteilen (6 %) sowie die Verschlechterung von Eingruppierungen eine gewisse Rolle. Fast zu vernachlässigen sind Abstriche bei den Ausbildungsvergütungen (1 %). Drei Viertel der Betriebe mit Abstrichen beim Entgelt ergreifen mehrere der Maßnahmen.

Neben unmittelbaren Abstrichen bei den Entgelten greifen die Betriebe auch zu Einschnitten bei den betrieblichen Sozialleistungen, davon berichten immerhin 8 % der befragten Betriebsräte. Dabei geht es

zum einen um Abstriche bei der Leistungshöhe der betrieblichen Altersversorgung und zum anderen um die Zugangsbeschränkung.

4 Entsendegesetz und Mindestarbeitsbedingengesetz

Die Große Koalition hatte sich im Sommer 2007 auf eine Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes sowie auf eine Modernisierung des Mindestarbeitsbedingengesetzes geeinigt, die Umsetzung dieses Beschlusses verlief allerdings sehr schleppend (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2008, 2009). Nach langen Kontroversen trat im April 2009 das neu gefasste *Arbeitnehmer-Entsendegesetz* in Kraft und die gesetzlichen Verfahren zur Festsetzung branchenbezogener Mindestlöhne konnten in den neu einbezogenen Branchen eingeleitet werden. Betroffen waren die Alten- und ambulante Krankenpflege, das Bewachungs- und Sicherheitsgewerbe, die Abfallwirtschaft, die berufliche Weiterbildung, die Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft sowie die Bergbauspezialdienste. Die entsprechenden Mindestlohnverträge lagen bereits vor. Für das Bewachungsgewerbe gab es einen Tarifvertrag der christlichen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD), die übrigen Verträge waren von DGB-Gewerkschaften abgeschlossen worden.

Im Tarifausschuss beim Bundesarbeitsministerium wurde Ende August 2009 für zwei der Branchen eine Einigung über neue Mindestlohnverträge nach dem Entsendegesetz erzielt, nämlich für die Bergbauspezialdienste und die Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft. Für das Bewachungsgewerbe lehnte die Arbeitnehmerseite die Zustimmung ab, da hier mit 6 € z. B. für das Saarland und Rheinland-Pfalz keine Existenz sichernden Löhne vereinbart werden sollten. Die Arbeitgeberseite blockierte Mindestlöhne für den Zweig Berufliche Weiterbildung. Für die Abfallwirtschaft signalisierte der Tarifausschuss Zustimmung, allerdings mussten hier noch letzte Details geklärt werden. Erst am 18.12. erfolgte dann die Rechtsverord-

² Gefragt wurde nach dem Zeitraum von Anfang Juli 2008 bis Ende 2009.

nung durch die neue Bundesarbeitsministerin von der Leyen, sodass die Mindestlöhne zu Beginn des Jahres 2010 in Kraft treten konnten (Übersicht 4).

Für den Bereich der Altenpflege wurde eine spezielle Kommission eingerichtet, die den Mindestlohn für diese Branche festlegen soll. Neben den Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften gehören dem Gremium auch Vertreter der Arbeitsrechtlichen Kommissionen der Wohlfahrtsverbände an.

Das neue *Mindestarbeitsbedingungen-gesetz* (MiArbG) ist ebenfalls seit April 2009 in Kraft. Der darin vorgesehene Hauptausschuss soll künftig prüfen, ob es in einem Wirtschaftszweig soziale Verwerfungen gibt und Mindestarbeitsentgelte festgesetzt, geändert oder aufgehoben werden sollen. Über die konkrete Höhe der Lohnuntergrenzen beschließen dann branchenspezifische Fachausschüsse. Die Bundesregierung kann schließlich den empfohlenen Mindestlohn für die jeweilige Branche per Rechtsverordnung branchenweit festlegen. Vorsitzender des Hauptausschusses ist der frühere SPD-Politiker *Klaus von Dohnanyi*. Weitere Mitglieder sind als Vertreter der Wissenschaft der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Wolfgang Franz*, und die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, *Jutta Allmendinger*. Der DGB ist mit seinem Vorsitzenden *Michael Sommer* sowie *Otto Ernst Kempfen*, Professor für Arbeitsrecht, vertreten. Die Arbeitgeberseite wird von BDA-Präsident *Dieter Hundt* und *Otto Kenzler*, dem Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, vertreten. Am 15.9. trat der Ausschuss zu seiner ersten Sitzung zusammen. Konkrete Fälle wurden bis zum Jahresende nicht bearbeitet.

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, eine gesetzliche Regelung zu sittenwidrigen Löhnen vorzunehmen. Damit soll klargestellt werden, was nach der Rechtsprechung ohnehin rechtswidrig ist. Nach Auffassung der Gewerkschaften ist damit in Bezug auf die Eingrenzung des Niedriglohnsektors konkret nichts gewonnen. Wenn nach einer solchen gesetzlichen Klarstellung auch tarif- oder ortsübliche Löhne um bis zu einem Drittel unterschritten werden dürfen, ohne dass dies als sittenwidrig gilt, bleiben künftig weiterhin Stundenlöhne von 3, 4 oder 5 € zulässig (WSI-Tarifarchiv 2009c).

Übersicht 4: Tarifliche Mindestlöhne nach dem AEntG für 2009 neu aufgenommene Branchen

Branche	Beschäftigte	Mindestlohn/€ ab		
Abfallwirtschaft	130.000	01/2010		
	Mindestlohn	8,02		
Bergbauspezialarbeiten	2.500	01/2010		
	Mindestlohn I	11,17		
	Mindestlohn II (Hauer/Facharbeiter)	12,41		
Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft	35.000	01/2010	04/2010	
	West	Mindestlohn	7,51	7,65
		Ost inkl. Berlin	Mindestlohn	6,36

Beschäftigtenzahlen: WSI-Tarifarchiv, BMA nach Angaben der Tarifparteien.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: Januar 2010.

WSI MITTEILUNGEN

5 Ausblick auf die Tarifentwicklung 2010

Die Tarifrunde 2010 bewegt sich zwischen zwei großen Themen: Beschäftigungssicherung und Einkommenserhöhung. Dabei werden die Akzente von den Gewerkschaften ganz unterschiedlich gesetzt: Im öffentlichen Dienst legen ver.di und die dbb-tarifunion den Schwerpunkt auf Entgelterhöhungen. Zum Jahresende 2009 sind die Entgelttarifverträge für die Beschäftigten bei Bund und Gemeinden ausgelaufen. Ver.di fordert ein Tarifvolumen von 5 %. Darin enthalten sind eine „spürbare“ Entgelterhöhung, strukturelle Entgeltverbesserungen, die Fortführung der Altersteilzeit sowie spezifische Forderungen für einzelne Bereiche wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Versorgungsbetriebe. In der Metallindustrie, wo die Tarifverträge Ende April auslaufen, hat der IG Metall-Vorsitzende *Huber* bereits deutlich ge-

macht, dass das alles überragende Ziel die (tarifliche) Sicherung von Beschäftigung sei, während für Entgelterhöhungen „die Luft sehr dünn“ sei. Zur Beschäftigungssicherung ist vor allem an eine Ausweitung der Beschäftigungssicherungstarifverträge gedacht, sodass eine Absenkung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 25 Stunden mit teilweisem Lohnausgleich möglich wird. Für die chemische Industrie hat die IG BCE in einer Forderungsempfehlung neben einer „angemessenen“ Entgelterhöhung ebenfalls Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung gefordert. In anderen Branchen und Tarifbereichen fordern die Gewerkschaften bislang Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 3,5 % und 5 %.

In einer Reihe von Tarifbereichen wurden bereits Tarifierhöhungen für das Jahr 2010 vereinbart. Die im kommenden Jahr in Kraft tretenden Steigerungsraten bewegen sich zwischen 1,2 % und 6,2 % (Übersicht 5). Damit zeichnet sich für das Jahr 2010 eine (deutlich) niedrigere Steigerung der Tarifverdienste ab als im Jahr zuvor.

Übersicht 5: Tarifierhöhungen im Jahr 2010¹⁾

Branche	ab Monat	%	Laufzeit bis
Bauhauptgewerbe West/Ost	04	2,3/2,6	03/2011
Deutsche Bahn AG	01	2,0	07/2010
Deutsche Telekom AG	01	2,5	12/2010
Druckindustrie	04	2,0	03/2011
Einzelhandel Nordrhein-Westfalen	09	1,5	04/2011
Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, NRW	01	2,0	08/2010
Gebäudereinigerhandwerk West inkl. Berlin/Ost	01	3,1/3,8–6,2 ²⁾	12/2011
Groß- und Außenhandel Sachsen-Anhalt	06	1,5	04/2011
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Niedersachsen	11	1,7	04/2011
Öffentlicher Dienst Länder	03	1,2	12/2010
RWE	01	2,2	10/2010
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	07	1,9	06/2011
Textil- und Bekleidungsindustrie West	01	1,5 ³⁾	02/2011
Versicherungsgewerbe	04	2,5	03/2011

1) Vereinbart in Tarifabschlüssen der Tarifrunde 2009.

2) regional unterschiedlich.

3) plus 40 € Sockelbetrag.

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2010.

WSI MITTEILUNGEN

LITERATUR

- Bispinck, R.** (Hrsg.) (2008): Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg
- Bispinck, R./Schulten T.** (2008): Aktuelle Mindestlohndebatte: Branchenlösungen oder gesetzlicher Mindestlohn?, in: WSI-Mitteilungen 3, S. 151–158
- Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv** (2008): Tarifpolitischer Jahresbericht 2007: Gespaltene Tarifentwicklung und verschärfte Gewerkschaftskonkurrenz, in: WSI-Mitteilungen 2, S. 77–84
- Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv** (2009): Tarifpolitischer Jahresbericht 2008: Tarifpolitik in der Finanzmarktkrise, Düsseldorf, 57 Seiten
- Bogedan, C./Brehmer, W./Herzog-Stein, A.** (2009): Betriebliche Beschäftigungssicherung in der Krise – Eine Kurzauswertung der WSI-Betriebsrätebefragung 2009, WSI-Aktuell 01/Dezember
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)** (2009): Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2009 – Stärkster Anstieg seit 14 Jahren, Pressemitteilung 1/2010 vom 5.1.2010
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)** (2009): Geschäftsbericht 2009, Berlin
- Ellguth, P./Kohaut, S.** (2008): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2007, in: WSI-Mitteilungen 9, S. 515–522
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)** (2007): „Erzieherinnen verdienen mehr.“ Expertise und Portraits zur Gleichwertigkeit der Tätigkeit von Erzieherinnen und Erziehern mit anderen Fachschulberufen. Erstellt im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung der GEW von Dr. Andrea Jochmann-Döll unter Mitarbeit von Dr. Karin Tondorf. Portraits von Gesine Kulcke, Frankfurt am Main
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)** (2009): Arbeitsqualität aus Sicht von Erzieherinnen und Erziehern. Ergebnisse aus der Erhebung zum DGB-Index Gute Arbeit, erstellt von Tatjana Fuchs und Falko Trischler
- Hundt, D.** (2009): Mit Mut und Zuversicht aus der Krise – Rede auf dem Deutschen Arbeitgebertag 2009, am 24.11. in Berlin
- IG Metall** (2009): Keine Entlassungen in der Krise – industrielle Wertschöpfung sichern. Aktuelle Handlungslinien der Krisenbewältigung, Frankfurt/Main, November
- Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)** (2009): Deutsche Arbeitskosten im europäischen Vergleich: Nur geringer Anstieg, Auswertung der aktuellen Eurostat-Statistik für 2008, IMK-Report 44, November
- Sommer, M.** (2010): Tarifautonomie und Tarifpolitik – für eine Stabilisierung des Tarifsystems, in: Bispinck, R./Schulten, T. (Hrsg.): Zukunft der Tarifautonomie. 60 Jahre Tarifvertragsgesetz: Bilanz und Ausblick, Hamburg, S. 13–19
- Statistisches Bundesamt** (2010): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2009, vorläufige Ergebnisse, Wiesbaden
- WSI-Tarifarchiv** (2009a): Tarifliche Regelungen zur Kurzarbeit. Ein aktueller Überblick über 18 Wirtschaftszweige und Tarifbereiche, Elemente qualitativer Tarifpolitik 66, Düsseldorf, Februar
- WSI-Tarifarchiv** (2009b): Tarifliche Regelungen zur befristeten Arbeitszeitverkürzung. Eine Untersuchung von Tarifverträgen in 26 Wirtschaftszweigen und Tarifbereichen, Elemente qualitativer Tarifpolitik 67, Düsseldorf, Juni
- WSI-Tarifarchiv** (2009c): Analyse des WSI-Tarifarchivs: Gesetzliche Grenze für sittenwidrige Löhne schafft keinen angemessenen Mindestlohn, Pressemeldung vom 21.10.2009